



Presseschau vom 10.12.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Dagmar Henn: Koch deeskaliert, Kellnerin will frieren lassen

Zwischen SPD und Grünen gibt es Streit, heißt es in der Presse. Es gehe um die Frage, wo über die deutsche Außenpolitik entschieden wird. In Wirklichkeit geht es um mehr. Ein Interview mit SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich macht klar: Es geht um Krieg und Frieden.

...

<https://kurz.rt.com/2qz2>

Alexander Boos: „Gleichzeitige Operationen mit Überraschungen“: Nato-Kritiker zu US-Militärplänen in Ukraine-Krise

Obwohl Moskau wiederholt äußert, die Ukraine nicht angreifen zu wollen, werden die Drohungen aus Washington gegenüber Russland schärfer. Während Medien und Politologen nach Lösungen suchen, kritisiert Nato-Kritiker Wolfgang Effenberger neue militärische Programme der USA, die auch im Ukraine-Konflikt eingesetzt werden könnten. ...

<https://snanews.de/20211209/gleichzeitige-operationen-ueberraschungen-nato-kritiker-zu-us-militaerplaenen-ukraine-4636589.html>

Tom Fowdy: Angst vor Multipolarität: USA setzen Emirate wegen China unter Druck

Die Vereinigten Arabischen Emirate, traditionell ein Klientenstaat der USA, haben sich der Volksrepublik China zugewandt. Damit zeigen sie, dass die Welt zum Missfallen der USA

zunehmend multipolar ist. ...

<https://kurz.rt.com/2qyg>

de.rt.com: **Omikron in Südafrika: Nur leichte Verläufe, Impfstoffe wirken**

Erste Daten über Krankenhausaufenthalte in Südafrika zeigen, die Omikron-Variante verursacht hauptsächlich leichte Infektionen. Die derzeitigen Vakzine geben genügend Schutz. In Deutschland werden die "Impfnaiven" vor fehlendem Immunitätsschutz gewarnt. ...

<https://kurz.rt.com/2qzf>

de.rt.com: **"Dann sind die Beamten fleißiger" - Ex-Bürgermeister will Archangelsk in Putingrad umbenennen**

Es gibt auf Russisch ein Sprichwort: Wie man die Jacht nennt, so schwimmt sie auch. Der ehemalige Bürgermeister von Archangelsk hat vorgeschlagen, seine Stadt in Putingrad umzubenennen. Die Stadtverwaltung sieht das Thema aber nicht auf der Agenda. ...

<https://kurz.rt.com/2qym>

de.rt.com: **Erneut Ärger in der "Linken", diesmal um Klaus Ernst**

Der Flügelkampf innerhalb der Partei "Die Linke" tritt derzeit erneut in der Öffentlichkeit hervor. Diesmal trifft der öffentliche Entrüstungsturm des rechten Parteiflügels jemand anderen als Saha Wagenknecht, nämlich den Gewerkschafter Klaus Ernst. Der Streit tobt um die anvisierte Übernahme des Vorsitzes im Energie- und Klimaausschuss des Deutschen Bundestages durch Ernst. ...

<https://kurz.rt.com/2qzp>

Rainer Rupp: **Gespräch zwischen Biden und Putin hat gordischen Knoten der Ukraine-Krise durchtrennt**

Die Ukraine-Krise scheint gelöst. Zwar gab es nicht die gleiche dramatische Zuspitzung wie bei der Kuba-Krise, aber strukturell ist sie durchaus damit zu vergleichen. Auch gibt es diesmal einen anderen Gewinner. Zugleich können sich die Machthaber in der Ukraine ihren Traum von der NATO-Mitgliedschaft ein für alle Mal abschminken. ...

<https://kurz.rt.com/2qzx>

abends/nachts:

de.rt.com: **Iran erwägt Sanktionen gegen USA wegen Menschenrechtsverletzungen**

Gerne setzen die Vereinigten Staaten andere Länder aufgrund angeblicher Menschenrechtsverletzungen unter Druck, was in manchen Fällen bis hin zu militärischen Interventionen reichen kann. Nun will Iran Washington die eigene Medizin schmecken lassen. Die Islamische Republik Iran hat erklärt, dass sie demnächst eine Liste US-amerikanischer Einrichtungen und Staatsangehöriger veröffentlichen wird, die aus iranischer Sicht in schwere Menschenrechtsverletzungen verwickelt sind, wie die Nachrichtenagentur IRNA unter Berufung auf das Portal humanrights.eadl.ir vermeldete. Teheran werde gegen diese Personen und Institutionen Sanktionen verhängen, erklärte ein iranischer Beamter.

Der stellvertretende Justizminister für internationale Angelegenheiten und Generalsekretär des iranischen Menschenrechtsbüros Kazem Gharibabadi sagte, dass die Vereinigten Staaten an ihrer gescheiterten Politik des maximalen Drucks auf das iranische Volk festhielten und Sanktionen missbrauchten, um ihre eigene politische Agenda zu verfolgen. Den verantwortlichen US-Beamten und -Einrichtungen warf der Iraner vor, die Werte der Menschenrechte nicht zu achten.

Gharibabadi erklärte zudem, dass die Regierung der Vereinigten Staaten, die die iranische Nation durch seine illegalen und einseitigen Sanktionen gefährde und iranischen Patienten

den Zugang zu Medikamenten und medizinischer Ausrüstung verwehrt habe, es nicht wagen sollte zu behaupten, dass es die Menschenrechte und die Freiheit in Iran verteidigt. Dem iranischen Beamten zufolge ist Polizeibrutalität gegen Schwarze in den USA weit verbreitet, wie im Fall von George Floyd, einem Afroamerikaner, der am 25. Mai 2020 in Minneapolis in Minnesota von einem Polizeibeamten ermordet wurde. Er verwies auf Aussagen von Menschenrechtsexperten, die bestätigen, dass die Polizeibrutalität in den USA gegen ethnische Minderheiten, insbesondere Afroamerikaner, als systemischer Rassismus betrachtet werden sollte. Es gebe zahlreiche Beispiele für Menschenrechtsverletzungen in der US-amerikanischen Gesellschaft, darunter Gewalt im Umgang mit Gefangenen, eine große Anzahl von Frauen in Gefängnissen, unmenschliche Folterungen und nicht genehmigte Tests an inhaftierten Personen, so Gharibabadi. Diese Vorfälle stellten schwerwiegende Verstöße gegen die Menschenrechte und die Rechte der Gefangenen in den Vereinigten Staaten dar. Washington müsse für die Verbrechen gegen friedliche Demonstranten öffentlich zur Rechenschaft gezogen werden, forderte er.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b2218348fbef6c5408c2e8.jpeg>

snanews.de: Russischer Grenzschutz: Ukrainisches Kriegsschiff unterwegs in Richtung der Straße von Kertsch

Ein Schiff der ukrainischen Marine sei unterwegs in Richtung der Straße von Kertsch und erfülle nicht die Aufforderungen eines Kurswechsels, teilte der russische Inlandsgeheimdienst FSB am Donnerstagabend mit. Die Handlungen des Schiffes stellten eine Gefahr für die Sicherheit der Navigation dar, so die Behörde.

Das Schiff "Donbass" sei derzeit 18 Seemeilen von der Straße von Kertsch entfernt und erfülle nicht die Aufforderungen eines Kurswechsels, teilte der FSB mit. Die Handlungen des Schiffes stellten eine Gefahr für die Sicherheit der Navigation dar, so die Behörde.

Wie es in der Mitteilung ferner heißt, habe sich das Schiff der ukrainischen Marine am 9. Dezember um 09:12 Uhr vom Hafen Mariupol zurückgezogen und bewege sich in Richtung der Straße von Kertsch. Die ukrainische Seite habe dabei keine entsprechende Anfrage auf die Durchfahrt des Kanals gestellt.

Ein Schiff der russischen Küstenwache habe das ukrainische Marine-Schiff um 13:45 Uhr aufgefordert, die russische Gesetzgebung einzuhalten. Die Antwort habe gelautet, dass eine Durchfahrt nicht geplant sei, so der FSB.

Das Schiff hat sich der Meerenge bis auf die maximal zulässige Entfernung genähert und verfehlte nur knapp die russische Seegrenze. Anschließend wendete es und fährt nun wieder in die entgegengesetzte Richtung. Es reagierte nicht auf die Anfragen der russischen Grenzschutzbeamten.

Das ukrainische Hauptquartier, das die Militäroperationen der Ukraine im Donbass koordiniert, erklärte dazu, dass das Marineschiff Donbass nicht in die "sensiblen Zonen"

eingedrungen sei. Das Schiff erfülle "Aufgaben in seinen Hoheitsgewässern" und sei nun auf dem Weg zu seiner Basis.

Da die Wassertiefe in der Straße von Kertsch nur 12 Meter beträgt, ist die Durchfahrt lotsen- und anmeldepflichtig. Auch wenn es diesmal im Endeffekt keine Grenzverletzung vonseiten des ukrainischen Schiffes gab, ruft der Vorfall einen Grenzzusammenstoß vor der Straße von Kertsch vor drei Jahren in Erinnerung.

Damals hatten am 25. November 2018 drei ukrainische Marineschiffe versucht, die Straße von Kertsch unangemeldet zu durchfahren. Sie wurden von der russischen Marine aufgebracht und festgesetzt. Laut dem russischen Sicherheitsdienst wurden die Ukrainer frühzeitig gewarnt. Der FSB setzte Waffen ein, um die ukrainischen Schiffe infolge ihrer "gefährlichen Manöver" zum Stillstand zu bringen. Drei ukrainische Militärangehörige wurden dabei verletzt und erhielten medizinische Hilfe. Die Besatzung wurde festgenommen und mehrere Monate später im Zuge eines Häftlingsaustausches freigelassen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b26c2948fbef7b12276f20.jpg>

de.rt.com: **Russlands Generalstabschef warnt Kiew – Gewalt im Donbass-Konflikt wird unterbunden**

Versuche der ukrainischen Regierung, den Donbass-Konflikt gewaltsam zu lösen, werden unterbunden. Dies verkündete Russlands Generalstabschef während eines Briefings für ausländische Militärattachés. Derweil zieht Kiew schwere Artillerie im Frontgebiet zusammen.

"Jedwede Provokationen seitens der ukrainischen Regierung zwecks einer gewaltsamen Regelung der Probleme des Donbass werden unterbunden."

Dies teilte Waleri Gerassimow – Armeegeneral und Leiter des Generalstabs der Streitkräfte der Russischen Föderation und deren erster Vize-Verteidigungsminister – mit. Gerichtet war die Information an ausländische Militärattachés, die eigens dafür zu einer Informationsveranstaltung am 9. Dezember 2021 geladen wurden. In voller Länge (zitiert von der russischen Nachrichtenagentur EurAsia Daily) lautete die relevante Passage so:

"Lieferungen von Hubschraubern, unbemannten Fluggeräten und Flugzeugen [aus dem Westen] stacheln die ukrainische Regierung zu raschen und unüberlegten Schritten an. Kiew setzt die Minsker Abkommen nicht um. Ukrainische Streitkräfte verkünden, im Donbass den Einsatz der Panzerabwehr-Lenkwaffensysteme 'Javelin' begonnen zu haben, die ihnen von den USA geliefert wurden, und benutzen dort Aufklärungs- und Angriffsdrohnen aus türkischer Herstellung."

Besagte Javelin-Panzerabwehr-Lenkflugkörper wurden bereits, will man Reportern des australischen Senders ABC glauben, ins Frontgebiet gebracht – obwohl noch im Jahr 2018 der stellvertretende Minister Georgi Tuka "zu Belangen vorübergehend besetzter Gebiete"

gegenüber Medien erklärte, die USA hätten sie bei der Lieferung nicht für den Einsatz an der Kontaktlinie (so wie sie damals verlief und heute noch aktuell ist) freigegeben.

Demgemäß setzte Gerassimow fort:

"Infolgedessen verschärft sich die ohnehin hochbrisante Lage im Osten [der Ukraine]. Doch jedwede Provokationen der ukrainischen Regierung zwecks gewaltsamer Regelung der Probleme des Donbass werden unterbunden."

Ebenso resolut wie der obige Teil der Nachricht erklang, wies der Vize-Verteidigungsminister auch jedwede Schuld an der darin beschriebenen Entwicklung von Russland ab. Man beachte hierbei vor allem den bewusst zackigen Tonfall, dazu mit militärischem Vokabular gewürzt:

"Seitens der NATO-Staaten wird Truppenverlegungen innerhalb Russlands übermäßige Beachtung geschenkt. Neudislozierung von Einheiten im Laufe von Kampfvorbereitungen sind Routinepraxis für Streitkräfte eines jeden Staates. [Diese] Militärischen Aktivitäten erfolgen auf nationalem Gebiet und bedürfen keiner Benachrichtigung. Die in Massenmedien verbreitete Information über einen angeblich in Vorbereitung befindlichen Einfall Russlands in die Ukraine stellt eine Lüge dar."

Die Umstände der Äußerung – ein Briefing für ausländische Militärattachés –, aber auch der Urheber der Nachricht und ihre Sollempfänger sowie nicht zuletzt der Ton (allein aus dem Ausdruck "Kampfvorbereitung" könnten Nichttrussen durchaus mehr heraushören als nur die eigentliche Bedeutung "Kampfausbildung und -übung") lassen aufhorchen.

Aussagen aus Moskau mit ähnlichem Gehalt ertönten in der Vergangenheit bereits – auch in der letzten Zeit. Russlands Außenminister Sergei Lawrow etwa bekräftigte die Warnung, die sein Chef bei einem erweiterten Kollegium des russischen Außenamtes anbrachte – Russland dürfe ein militärisches Abenteuer Kiews nicht ausschließen und alles Notwendige werde getan, um die eigene Sicherheit zu gewährleisten. Diese letzte Passage ruft zuallererst den Aspekt einer möglichen NATO-Mitgliedschaft der Ukraine vor das geistige Auge, die nach einer gewaltsamen Auflösung der Volksrepubliken und damit nach nominalem Wegfall innerer territorialer Streitigkeiten möglich wäre: Die US-Systeme zur Raketen"abwehr" der Typen Aegis Ashore und THAAD, so die Befürchtung Russlands, würden dann in kürzester Zeit in der Ukraine stationiert und damit Russland deutlich verwundbarer machen.

Dies wäre nicht nur oder nicht in erster Linie dem deklarierten Zweck der Systeme geschuldet, sondern der Tatsache, dass Aegis Ashore unter anderem für Angriffe mit Tomahawk-Marschflugkörpern ausgelegt ist, die es dank den Startanlagen VLS Mark 41 ohne größeren Aufwand aufnehmen und verschießen kann.

An das Schicksal des Donbass denkt man bei dieser Aussage nur, weil man weiß, dass dessen zahlreiche Bewohner nun auch die russische Staatsbürgerschaft haben.

Schon eher auf die Sicherheit der Volksrepubliken Donezk und Lugansk bezogen kommentierte Wladimir Putins Sprecher Dmitri Peskow dessen Versprechen von den "noch nicht anerkannten Republiken" im Südosten der Ukraine – auf eine zwar vage, aber doch auch verheißungsvolle Weise.

Nun jedoch spricht mit dem Vize-Verteidigungsminister General Waleri Gerassimow der russische Militär mit dem höchsten Posten (gleich nach seinem Vorgesetzten Sergei Schoigu), der dabei aber noch als gleichzeitiger Generalstabsleiter eine operative Kontrolle über das Kriegsgeschehen vorsieht. Auch konzentriert sich die Nachricht einerseits auf die Lage im umkämpften Donbass – und auf Versuche seitens der Kiewer Regierung, den Konflikt gewaltsam zu Lasten der beiden Volksrepubliken zu lösen, Versuche, die unterbunden werden würden.

Dies alles lässt die Nachricht zweifellos als ernstzunehmende Warnung werten: einerseits an Kiew, von jeglichen derartigen Versuchen abzusehen – und andererseits an den kollektiven Westen, die ukrainische Regierung sowohl jetzt von derartigen Vorhaben abzuhalten als auch in Zukunft dahingehende Kriegszünderlei (ob materieller oder sonstiger Art) zu unterlassen.

Kiew fährt schwere Geschütze auf

Unterdessen zieht das ukrainische Militär weitere schwere Artillerie zum Konfliktgebiet zusammen. Hierzu äußerte die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa mit Verweis auf Berichte der OSZE-Beobachtungsmission auf einem Pressebriefing am 9. Dezember Besorgnis. Hier ein Zitat der russischen Nachrichtenagentur RIA Nowosti:

"Die Beobachtungsmission der OSZE stellt die eilige Verlegung schwerer Waffensysteme durch Kiew in den Osten [der Ukraine], einschließlich schwerer Artillerie und Panzerfahrzeuge; der Einsatz von Drohnen wird fortgesetzt."

Vor einer Woche hatte das russische Außenministerium bereits von der Konzentration ukrainischer Truppen nahe der Konfliktlinie im Donbass gewarnt: Das Aufgebot mit einer Mannstärke von 125.000 entspricht etwa der Hälfte der Gesamtmannstärke der ukrainischen Streitkräfte.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b261cb48fbef63b53b2a59.jpg>

snews.de: "**Destabilisierender Faktor**": **Moskau mahnt USA und Israel zur Zurückhaltung beim Planen von Übungen**

Russland hat Israel und die Vereinigten Staaten aufgerufen, beim Planen gemeinsamer Militärübungen gegen den Iran Zurückhaltung an den Tag zu legen. Russlands Vizeaußenminister Sergej Rjabkow bezeichnete sie als einen destabilisierenden Faktor im Nahen Osten.

„Dass die beiden verbündeten Länder gemeinsame Militärmanöver planen, ist für Moskau nicht verwunderlich. Aber das ist zugleich ein destabilisierender Faktor im Nahen Osten“, sagte Rjabkow am Donnerstag in Moskau.

„Eine beliebige Übung in dieser äußerst brisanten Region droht zu einer weiteren Zuspitzung auszuarten, was niemand braucht. Momentan kommt es darauf an, Rücksicht walten zu lassen und sich auf die Förderung der nach einer langen Pause in Wien wiederbelebten Verhandlungen zu konzentrieren“, sagte der russische Diplomat.

Zuvor hatten westliche Medien unter Berufung auf nicht genannte US-Quellen berichtet, dass die Verteidigungsminister der USA und Israels über Pläne gemeinsamer Militärmanöver zur Abschreckung des Iran beraten könnten. Konkrete Termine wurden nicht genannt.

7. Runde der Atomverhandlungen mit Iran

Die siebte Runde der Wiener Verhandlungen über die Umsetzung des Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplanes (JCPOA) zur Lösung des iranischen Atomprogramms war am 29. November des vergangenen Jahres gestartet. Auf der Agenda steht die Aufhebung der von den USA gegen den Iran verhängten Sanktionen.

Am 9. Dezember fand in Wien auf der Ebene politischer Direktoren eine Sitzung einer

gemischten Kommission zum Aktionsplan JCPOA statt. Das ist bislang das zweite offizielle Treffen von Kommissionsteilnehmern seit Beginn der Verhandlungsrunde.

EU will USA ins Atomabkommen zurückholen

Europa ist bemüht, Washington nach seinem einseitigen Ausstieg aus dem Atomabkommen unter Präsident Donald Trump zur Rückkehr zur Vereinbarung zu bewegen. Der Iran betont immer wieder, dass die USA vorerst ihre Sanktionen rückgängig machen sollten, bevor Teheran die Urananreicherung unter Einsatz neuer Zentrifugen zurückschraubt.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/09/4637675_0:159:3076:1889_1920x0_80_0_0_0661f7621c3eb2e23432f0fe47875f44.jpg

de.rt.com: Putin: Lage im Donbass erinnert an Völkermord

Was derzeit im Donbass passiert, erinnere an Völkermord, sagte der russische Präsident Wladimir Putin. Auf einer Sitzung wurde das Staatsoberhaupt gebeten, entsprechende Begriffe in die Gesetzgebung einzuführen.

"Was jetzt im Donbass passiert, kennen und sehen wir sehr gut. Das erinnert natürlich sehr an den von Ihnen erwähnten Völkermord", sagte Putin zum ukrainischen Journalisten Kirill Wyschinski bei einer Sitzung des Rates für die Entwicklung der Zivilgesellschaft und der Menschenrechte am Donnerstag.

Wyschinski hatte in seiner Rede über die Verschlechterung der Lage im Donbass gesprochen und Putin gebeten, das Konzept des "Völkermords" oder des "Aufrufs zum Völkermord" am russischen Volk in der Gesetzgebung zu verankern. Der Staatsoberhaupt sagte, dass man bei der gesetzlichen Verankerung von Konzepten im Zusammenhang mit Völkermord sehr vorsichtig sein müsse. "Lassen Sie uns darüber nachdenken", resümierte er.

Wyschinski hatte von 2014 bis 2018 die Nachrichtenagentur RIA Nowosti in der Ukraine geleitet, bis er auf Ersuchen der ukrainischen Sonderdienste festgenommen worden war. Im September 2019 wurde der Journalist bei einem Gefangenenaustausch zwischen Moskau und Kiew freigelassen.

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa sagte am Donnerstag, dass sich die Verhandlungen über eine friedliche Beilegung der Situation im Donbass in einer Sackgasse befinden. Anfang Dezember hatte sie bekannt gegeben, dass Kiew etwa 125.000 Soldaten in die Konfliktzone im Donbass verlegt habe. Später fügte sie hinzu, Kiew sei auch damit beschäftigt, schwere Artillerie im Osten des Landes zu stationieren.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b2860148fbef63b53b2a67.jpg>

vormittags:

de.rt.com: Macron: Ukraine-Frage kann nicht allein durch Druck auf Russland gelöst werden

Frankreich hat gemäß Rotation die Präsidentschaft des EU-Rates übernommen. Im Vorfeld dazu erklärte der französische Präsident, dass Paris den politischen Prozess des "Normandie-Formates" wieder in Gang bringen möchte, um die Probleme im Donbass zu lösen.

Das Problem der Ukraine könne nicht allein durch Druck auf Russland gelöst werden. Darauf wies der französische Präsident Emmanuel Macron bei einer Pressekonferenz im Vorfeld der Übernahme der Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union (EU) durch Frankreich gemäß dem Rotationsprinzip hin.

Auf der Pressekonferenz am Donnerstag sprach Macron die Ukraine-Krise an und sagte dazu, es sei wichtig, dass Europa (Anm.: gemeint ist die EU) Kiew nahe stehe. Der russische Präsident Wladimir Putin habe jedoch "viele Schlüssel zur Situation" in der Ostukraine in der Hand. Macron fügte hinzu, er beabsichtige, die Situation in naher Zukunft mit Putin und dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij zu besprechen.

Der französische Präsident hob hervor, das Blutvergießen in der Ostukraine habe durch die von Frankreich und Deutschland geführten Gespräche im sogenannten "Normandie-Format" gestoppt werden können. Er stellte fest:

"Unser Wunsch ist es, mit Präsident Selenskij, den ich am Mittwoch treffen werde, und mit Präsident Putin, mit dem ich nächste Woche verhandeln werde, in Kontakt zu treten, um dieses Format und den politischen Prozess wieder in Gang zu bringen."

Er lobte auch US-Präsident Joe Biden für sein Videotelefonat mit Putin am Dienstag, wies aber darauf hin, dass das Engagement in Washington, D.C. die europäischen diplomatischen Bemühungen nicht überflüssig mache. Er fügte hinzu:

"Ich denke, diese Koordinierung wird das bestehende Format nicht ersetzen. Präsident Biden selbst hat im Kommuniqué auf die Bedeutung des Normandie-Formats hingewiesen."

Die Pressekonferenz am Donnerstag wurde einberufen, weil Frankreich im Januar die sechsmonatige Präsidentschaft des Europäischen Rates übernehmen wird. Macrons öffentlich erklärte Ziele für diese Amtszeit sind die Erlangung der "strategischen Souveränität" der EU, sowohl in militärischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b2f71448fbef648f5fbdea.JPG>

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 9. Dezember 2021 wurde keine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

snanews.de: **Tragödie von Donbass: Neue Dokumente in Moskau vorgestellt**

In Moskau sind neue Dokumente über die Ermordung der Zivilbevölkerung im Donbass durch die ukrainische Armee von 2014 bis heute präsentiert worden. Die abtrünnigen Republiken suchen nach spontanen Bestattungen, die während der Kriegshandlungen eingerichtet wurden, und identifizieren genetisch gefundene Überreste.

Diese Dokumente sollen an internationale Gerichte überwiesen werden, um das ukrainische Militär vor Gericht zu stellen. Sie zeigen, wie die Kiewer Behörden die Zivilbevölkerung des Donbass mit Artillerie, Panzern und Flugzeugen vernichteten. Bewaffnete Freiwilligen-Bataillone der Ukraine drangen in Wohngebäude ein und töteten einfache Menschen. Seit 2014 starben 9.000 Zivilisten, hieß es.

Das ukrainische Militär ließ nicht einmal die Beerdigung der Toten zu, berichten Augenzeugen. Friedhöfe wurden vermint und beschossen. Dies zwang die Bewohner des Donbass, die Opfer spontan zu beerdigen, oft ohne die Möglichkeit, eine Bestattungszeremonie durchzuführen. Daher gelten viele Menschen als vermisst. Die Suche nach diesen Personen wurde von Beginn des Krieges an durchgeführt. Von großem Erfolg gekrönt wurde sie jedoch erst dann, als auf dem Territorium des Donbass moderne Laborgeräte für molekulargenetische Untersuchungen eintrafen.

„2014 war für die Ukraine ein Jahr des Zusammenbruchs – in der Weltanschauung, Ideologie, sozial und historisch“, erinnert sich die stellvertretende Außenministerin der Volksrepublik Lugansk, Anna Soroka, Juristin von Beruf, die ihre Doktorarbeit noch 2006 in Kiew verteidigte. Während der Pressekonferenz in der Nachrichtenagentur „Rossiya segodny“ sagte sie: „Wir haben beobachtet, wie der Hass der westlichen ‚Freunde der Ukraine‘ gegen das russische Volk und die russische Welt aufgezwungen wurde. Schon 2014 haben wir gedacht, dass dieser Hass früher oder später in etwas Schreckliches einmündet. Es ist die Nazi-Ideologie, die es erlaubt, einen Krieg gegen die Zivilbevölkerung zu führen. Dies wird damit rechtfertigt, dass wir nicht so sind wie sie. Wir sind für sie Untermenschen.“

Die Juristin fährt fort:

„So wurde nicht nur das humanitäre Recht, sondern auch der zweite Abschnitt der ukrainischen Verfassung verletzt. Dahinter steht der Tod von mehr als zweitausend Zivilisten nur in der Volksrepublik Lugansk, davon 35 Kinder. Wir haben neue Angaben zur Zahl der Toten und neue Bestattungspätze gefunden. Die Länder, die der militärisch-politischen Führung der Ukraine helfen, Völkermord am eigenen Volk, an den Zivilisten des Donbass zu

verüben, beteiligen sich an diesen Kriegsverbrechen.“

Unterstützung der Ukraine durch Deutschland und Frankreich führt zu weiteren Opfern unter der Zivilbevölkerung von Donbass

„Die Ukraine hält sich nicht an die Verpflichtungen des Minsker Abkommens, aber Frankreich und Deutschland reagieren in keiner Weise darauf“, fügt Darja Morosowa, die Menschenrechtsbeauftragte der Volksrepublik Donezk, hinzu. Sie wertet dies als eine schweigende Beihilfe der Ukraine. „Solange Deutschland und Frankreich Kiew unterstützen, wird der Tod von Zivilisten weitergehen. Seit Beginn der Kriegshandlungen in der Volksrepublik Donezk sind mehr als 5.000 Menschen ums Leben gekommen, darunter 91 Kinder. Wir haben mehr als 130 Massengräber gefunden. Während der aktiven militärischen Kämpfe war es nicht möglich, die Todesumstände der Opfer zu dokumentieren. Die Zivilisten selbst begruben die Toten, ohne ihre Namen zu kennen. Unter Beschuss war es nicht immer möglich, auf den Friedhof zu gehen. Als Ergebnis erschienen unbekannte Massengräber.“ Laut Morosowa wurden bisher etwa 150 Menschen exhumiert. Die sterblichen Überreste von 84 Bürgern wurden umgebettet. „Die Identität von 44 Personen wurde durch molekulargenetische Forschung identifiziert. Unter den Toten sind vor allem alte Leute, Frauen und Kinder. Sie wurden in derselben Zivilkleidung begraben, in der sie sich zum Zeitpunkt ihres Todes befanden.“

Dmitri Kalaschnikow, Leiter des gerichtsmedizinischen Untersuchungsbüros der Volksrepublik Donezk, bezeugt: „Allein in diesem Jahr wurden in unserer Republik etwa 70 Zivilisten getötet. Es scheint, als gäbe es keinen Krieg, aber es sterben weiterhin Menschen. Seit 2014 wurden viele Menschen durch den chaotischen Beschuss von Wohngebieten, Spielplätzen und Schulen getötet. Neunstöckige Gebäude wurden mit schweren Waffen beschossen. So kamen ganze Familien ums Leben. In Gorlovka wurden an einem Tag sieben Kinder und 22 Erwachsene ermordet.“

Der Gerichtsmediziner fährt fort: „Sie alle kamen am Supermarkt im Zentrum der Stadt ums Leben. Und solche Fälle gab es viele. In den Leichen der letzten fünf Jahre haben wir Kugeln des Nato-Kalibers gefunden. Auf dem Territorium der Ukraine gab es solche Munition nie. Als Experte bin ich erstaunt über ihre technischen Eigenschaften: Das Einschussloch am Eingang ist klein, und am Ausgang reißt der Kugel eine große Wunde. Ist das auch eine Hilfe für die Ukraine?“

Soroka spricht dann über einen Schulbus im Dorf Donezkij bei Kirowsk in der Volksrepublik Lugansk. „Es bleibt nicht nur lange Zeit ohne Wasser, das von der Ukraine blockiert wird, sondern wird täglich vom ukrainischen Militär beschossen, und die OSZE-Patrouille kommt nicht dorthin. So war der orange gestrichene Schulbus für die Soldaten gut sichtbar. Die Fahrt in die Stadt dauert normalerweise 15 Minuten, aber wegen des Beschusses fuhr der Bus fünf Stunden.“ Die Frau war eine Zeugin dessen, mit welchen Gefühlen Eltern ihre Kinder nach der Schule abgeholt haben. „Das stand aber nicht in den OSZE-Berichten.“

„Auch die Stadt Perwomajskij nahmen die ukrainischen Militärs unter Beschuss, als die Menschen unterwegs waren, um als humanitäre Hilfe gebrachtes Wasser und Brot zu holen“, führt sie weiter aus. „Normalerweise war es morgens halb sechs, weil die Einwohner wussten, dass es dann einen stündlichen Minenbeschuss gibt. Sie gingen auf die Straße und kamen ums Leben. Daher gab es viele nicht identifizierte Opfer, weil sie für eine kurze Zeit rausgingen und ihren Ausweis nicht mitnahmen. Oft war auch niemand in der Nähe, der die Toten identifizieren konnte. Dann mussten sie direkt vor Ort beerdigt werden.“

Website „Tragödie von Donbass“

Sergej Below, Mitglied der Öffentlichen Kammer der Volksrepublik Lugansk, teilte mit, dass die [Website](#) "Tragödie von Donbass" geschaffen worden sei. "Dort werden Geschichten von Menschen, Fotos und Videodokumente veröffentlicht. Wir haben Befehle von ukrainischen Kommandeuren, friedliche Siedlungen anzugreifen, gesammelt sowie Berichte von Militäreinheiten, die die Siedlungen beschossen haben. Die Analyse all dieser Dokumente

ermöglicht es, eine Beweisgrundlage zu schaffen und sie mit den Ballistikdaten und Gutachten der Gerichtsmediziner zu bestätigen. All diese Zeugenaussagen können im bevorstehenden Tribunal über die Verbrechen der ukrainischen Truppen eine Rolle spielen.“



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0c/0a/4642484_0:0:2561:1441_1920x0_80_0_0_0bf35b1f6da9c0b487170dfcd888b321.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 10. Dezember um 9:00 Uhr 21.006 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. 568 Personen sind derzeit erkrankt, 17.449 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 2989 Todesfälle.

de.rt.com: Nicaragua beendet diplomatische Beziehungen zu Taiwan zugunsten von China

Die Regierung von Nicaragua hat offiziell die Beziehungen zu Taiwan abgebrochen. Der Außenminister des Landes erklärte, dass es nur ein China gebe – die Volksrepublik China. Taiwan sei ein Teil des chinesischen Territoriums.

Nicaraguas Außenminister Denis Moncada Colindres gab am Donnerstag den Abbruch der diplomatischen Beziehungen seines Landes zu Taiwan bekannt. In einer Erklärung teilte er mit:

"Die Regierung der Republik Nicaragua erklärt, dass sie anerkennt, dass es auf der Welt nur ein einziges China gibt."

Er fügte hinzu, dass in der "Volksrepublik China die einzige legitime Regierung ist, die ganz China vertritt" und dass "Taiwan ein unveräußerlicher Teil des chinesischen Territoriums" sei. Der Minister betonte:

"Die Regierung der Republik Nicaragua bricht heute die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan ab und stellt jegliche Kontakte und offiziellen Beziehungen ein."

Das taiwanesisches Außenministerium reagierte auf die Nachricht mit "Schmerz und Bedauern" über die Entscheidung Nicaraguas. Das Außenministerium der Insel argumentierte, dass es ein Recht auf diplomatische Beziehungen in der ganzen Welt habe.

Nur 14 souveräne Staaten unterhalten derzeit noch volle diplomatische Beziehungen zu Taiwan – die meisten von ihnen sind kleine und wirtschaftlich weniger entwickelte Nationen.

Es handelt sich um Guatemala, Honduras, Paraguay, Belize, Haiti, St. Vincent und die Grenadinen, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, Nauru, die Marshallinseln, Palau, Tuvalu, Eswatini (ehem. Swasiland) und den Heiligen Stuhl.

Nicaragua reiht sich damit in die Liste der über hundert Staaten ein, die im Laufe der Jahrzehnte ihre diplomatischen Beziehungen von Taiwan zur Volksrepublik China gewechselt

haben. Die Salomonen haben 2019 ihre diplomatische Anerkennung von Taiwan zu China gewechselt, während die Dominikanische Republik und El Salvador 2018 ihre Beziehungen zu Taiwan abgebrochen haben. Panama brach 2017 seine diplomatischen Beziehungen zu Taiwan zugunsten der Volksrepublik Chinas ab.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b2ecbd48fbef7b12276f37.JPG>

Mzdnr.ru: Am 9. Dezember wurden in der DVR 1264 auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 334 positiv, bei 190 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt. In den letzten 24 Stunden wurden 59 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 2 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 39 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1297 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 820 mit Sauerstoffunterstützung (+20 in den letzten 24 Stunden).

Am 10. Dezember um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 113.595 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

4239 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 100.664 als gesund entlassen, es gibt 8692 Todesfälle.

snews.de: **Gericht in London erlaubt Auslieferung von Julian Assange in die USA**

Die USA haben den Berufungsprozess über die Auslieferung des WikiLeaks-Gründers Julian Assange gewonnen. Ein Berufungsgericht in der britischen Hauptstadt kippte am Freitag die Ablehnung des US-Auslieferungsantrags.

„Das Gericht gibt der Beschwerde statt“, zitiert Reuters den Richter Timothy Holroyde.

Der Chef von „Reporter ohne Grenzen“, Christophe Deloire, kritisierte die Entscheidung.

„Wir verurteilen die heutige Entscheidung des britischen Hohen Gerichts, die Auslieferung von Julian Assange an die USA zuzulassen, die sich aus den falschen Gründen als historisch erweisen wird. Wir sind fest davon überzeugt, dass Julian Assange wegen seiner Beiträge zum Journalismus ins Visier genommen wurde“, schrieb er auf Twitter.

Der nun gekippte Beschluss stammt vom Januar. Damals hatte Bezirksrichterin Vanessa Baraitser entschieden, dass Assange nicht an die USA ausgeliefert werden sollte, weil ein reales Risiko bestehe, er würde dort Selbstmord begehen.

Die Anwälte der US-amerikanischen Seite argumentierten gegen diesen Beschluss, weil laut ihnen Assange „keine Geschichte einer schweren und anhaltenden psychischen Erkrankung“ habe.

Der WikiLeaks-Gründer Julian Assange sitzt seit 2019 im britischen Gefängnis Belmarsh. In den USA drohen ihm bis zu 175 Jahre Haft. Die USA werfen ihm vor, mit der Whistleblowerin Chelsea Manning geheimes Material von US-Militäreinsätzen im Irak und in Afghanistan gestohlen und veröffentlicht zu haben. Er habe damit US-Informanten in Gefahr

gebracht. Seine Unterstützer sehen in ihm hingegen einen investigativen Journalisten, der Kriegsverbrechen ans Licht gebracht hatte.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0c/0a/4644722_0:380:2965:2047_1920x0_80_0_0_675e477b9d1a1597ebd3731d75ab65d3.jpg

nachmittags:

de.rt.com: **Medienbericht: NATO-nahe Marineschiffe verlieren "hochsensible" Geheimdaten**

Zwei kanadische Marineschiffe haben in den vergangenen zwei Jahren Speichermedien mit streng geheimen Informationen, darunter auch Daten zur elektronischen Kriegsführung, verloren. Das ergab eine Untersuchung des kanadischen Rundfunks.

Unter Berufung auf interne Sicherheitsbewertungen berichtete der öffentlich-rechtliche kanadische Sender CBC am Donnerstag, dass USB-Sticks, DVDs und eine Backup-Festplatte von zwei kanadischen Marineschiffen verschwunden seien. Und das obwohl die Sicherheitsmaßnahmen nach einem aufsehenerregenden Spionageskandal vor fast zehn Jahren deutlich verschärft wurden.

Der erste Vorfall soll sich im August 2020 ereignet haben und betraf Daten über die HMCS Fredericton. Diese Fregatte ist Berichten zufolge zur Unterstützung der NATO-Operation "Reassurance" in Osteuropa im Einsatz.

Laut CBC konnten bei der Überprüfung zwei fehlende DVDs nicht gefunden werden, die "hochsensible" Informationen enthielten – darunter auch Daten über Bedrohungsemitter, das heißt elektronische Geräte, die von den Schiffssystemen verwendet werden, um ankommende Raketen zu erkennen und abzuwehren. In einer Bewertung heißt es dazu:

"Die Möglichkeit einer unkontrollierten Weitergabe kann nicht ausgeschlossen werden, es scheint jedoch nicht zu einer unangemessenen Weitergabe gekommen zu sein."

Eine interne Untersuchung kam zu dem Schluss, dass der Datenverlust das nationale Interesse ernsthaft beeinträchtigen könnte, so der öffentlich-rechtliche Sender.

Anfang dieses Jahres wurde bei einer routinemäßigen Sicherheitsüberprüfung der HMCS Montreal der Verlust einer Festplatte festgestellt, auf der geheime Hochfrequenznachrichten für NATO-Operationen gespeichert waren. Das Verteidigungsministerium bestätigte gegenüber CBC, dass auch zwei USB-Sticks aus dem Sicherheitssafe der Fregatte verschwunden waren.

Das kanadische Verteidigungsministerium gab an, die USB-Sticks später wiedergefunden zu haben – einer davon soll technische Handbücher über ein nicht näher bezeichnetes Waffensystem enthalten haben. Die Behörde erklärte jedoch, dass die Handbücher veraltet seien.

Nach dem Vorfall von Mitte Oktober, der zu einer Untersuchung durch die Militärpolizei

fürhte, war das gesamte Datenmaterial über sechs Wochen lang verschwunden. Ein namentlich nicht genannter Sprecher des Verteidigungsministeriums erklärte am Dienstag gegenüber CBC, dass die Festplatte vor Kurzem im Notfunkraum des Schiffes gefunden worden sei. Der Sender stellte fest, dass es keine Erklärung dafür gibt, wie sie an einem so "offensichtlichen Ort" aufgetaucht sei.

Obwohl das Versäumnis auf eine schlechte Buchführung zurückgeführt wurde, erklärte Kanadas Armeechef General Wayne Eyre in einem Interview mit CBC News, dass er über beide Vorfälle besorgt sei und dass das Militär ein "viel größeres Sicherheitsbewusstsein" entwickeln müsse.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b30bc248fbef19a63be0dc.JPG>

deu.balta.by: **Lukaschenko: Westen will EAWU-Länder gegen Belarus aufbringen**

Der Westen wird die Staaten der Eurasischen Wirtschaftsunion im Würgegriff halten, um sie gegen Belarus aufzubringen. Diese Meinung äußerte Präsident Alexander Lukaschenko heute beim EAWU-Gipfel, der im Format einer Videokonferenz stattfindet.

Der Staatschef wies darauf hin, dass seine EAWU-Kollegen sehr gut wissen, wie es um die Beziehungen zwischen Belarus und dem Westen bestellt ist. „Diese Frage dominiert heute leider die internationale Informationsagenda. Das macht uns gerade nicht glücklich, aber wir müssen verstehen, dass die Vereinigten Staaten und der kollektive Westen ihre Politik nicht aufgeben werden. Sie brauchen immer neue Anlässe, um Druck auf unseren Bruderstaat Russland und auch auf uns auszuüben“, sagte Alexander Lukaschenko.

Einer der Anlässe war seiner Meinung nach die Situation an der belarussisch-polnischen Grenze und die aktuelle Migrationskrise. „Wir haben dieses Problem nicht verursacht. Die ehemaligen Sowjetrepubliken waren es auch nicht. Aber die Situation wird zum Vorwand gemacht, um Druck auszuüben, vor allem auf Belarus“, betonte der Präsident.

Auch die EAWU-Staaten spürten den Druck des Westens, jeder auf eine eigene Art und Weise. Leider werde dieser Druck nur steigen, zeigte sich Lukaschenko überzeugt. Der Staatschef dankte Russland und den anderen EAWU-Mitgliedsstaaten dafür, dass sie Belarus in der aktuellen Situation im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen.

„Aber ich betone noch einmal: Bildlich gesprochen wird der Westen auch Sie zu erwürgen suchen. Er wird Ihre Staaten gegen Belarus aufbringen, damit Sie sich diesen Sanktionen gegen unser Land anschließen. Meine Bitte ist, dass wir zusammenhalten, denn dieser Druck wird nicht nachlassen. Der Druck wird nicht nur auf Belarus und Russland ausgeübt, auch andere Länder werden davon betroffen sein“, warnte der belarussische Staatschef.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000019_1639135319_59185_big.jpg

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Situation an der Kontaktlinie vom 4. bis 10. Dezember 2021**

In den letzten 24 Stunden wurden **keine Verletzungen der Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In der letzten Woche wurden **fünf Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen festgestellt. Der Gegner hat Ortschaften der Republik unter Einsatz von von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Mörsern des Kalibers 120mm und 82mm, Granatwerfern verschiedener Art sowie Schusswaffen beschossen.

Unter Beschuss von Seiten des Gegners befanden sich die Gebiete von **fünf Ortschaften**: Schirokaja Balka, Besymennoje, Staromichajlowka, die Siedlung des Gagarin-Bergwerks und des Bergwerks 6/7 in Gorlowka

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen haben die Kiewer Besatzer **48 Stück Waffen und Militärtechnik in 18 Ortschaften stationiert.**

Aus dem Bestand der 25. Luftlandebrigade:

ein Schützenpanzerwagen in der Nähe von Nowobachmutowka;

ein Komplex der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ in der Nähe von Kamenka.

Aus dem Bestand der 93. mechanisierten Brigade:

sechs Schützenpanzer in einem Wohngebiet von Trudowskoje;

ein Schützenpanzer auf dem Gebiet eines zivilen Objekts in Nikolajewka;

ein T-64-Panzer in der Nähe von Satschnoje;

ein Abwehrgeschütz SU-23 in einem Wohngebiet von Starognatowka;

drei Haubitzen „Gwosdika“ in der Nähe von Polkowoje.

Aus dem Bestand der 30. mechanisierten Brigade:

17 T-64-Panzer an einem zivilen Objekt in Artjomowsk;

ein Schützenpanzerwagen in Klinowoje.

Aus dem Bestand der 54. mechanisierten Brigade:

ein Panzertransporter in einem Wohngebiet von Kransgorowoka.

Aus dem Bestand der 95. Luftsturmbrigade:

zwei Schützenpanzer im Gebiet von Gladossowo;

zwei Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet von Belaja Gora;

ein Schützenpanzer in der Nähe von Troizkoje;

ein Schützenpanzerwagen im Gebiet von Nowokalinowoje.

Aus dem Bestand der 128. Gebirgssturmbrigade:

zwei gepanzerte Aufklärungs- und Spähfahrzeuge in der Nähe von Sopino;
zwei Schützenpanzer in einem Wohngebiet von Tschernenko;
ein gepanzertes Aufklärungs- und Spähfahrzeug und drei Schützenpanzer im Gebiet von Talakowka;
ein Schützenpanzer im Gebiet von Gnutowo.

Um die Entdeckung von verbotenen ukrainischen Waffen zu verhindern, hat der Gegner aktiv Stationen zur Funkblockade „Bukowel-AD“ aus dem Bestand mobiler Gruppen des 305. und 502. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt.

In der letzten Woche wurden **fünf Fälle der Blockade von Leitungs- und Navigationskanälen von Drohnen der OSZE-Beobachter** entlang der Kontaktlinie in den Gebieten folgender Ortschaften festgestellt: Andrejewka, Russin Jar, Priwolje, Werchnetorezkoje und Sarja.

So erlaubt es das Ignorieren seiner Verpflichtungen durch das offizielle Kiew den Beobachtern der OSZE-Mission nicht, in vollem Umfang ihr Mandat zu erfüllen und die von den ukrainischen Kämpfern stationierten verbotenen Waffen und Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung zu erfassen.

Wir stellen weiter **nicht kampfbedingte Verluste des Gegners** fest. In der letzten Woche starben fünf ukrainische Kämpfer, sieben weitere erlitten nicht kampfbedingte Verletzungen. Hauptursachen sind nach wie vor der unvorsichtige Umgang mit der Waffe, die Verletzung von Sicherheitsbestimmungen und die ungeordnete Verminung von Örtlichkeiten.

Am 5. Dezember beschlossen zwei Kämpfer des 2. Gebirgssturmbataillons der 128. Brigade ein wenig zu jagen, aber zu irgendeinem Zeitpunkt lief es nicht nach Plan. Einer der Kämpfer gab zufällig einen Schuss auf seinen Kameraden ab, der an Ort und Stelle an seinen Verletzungen starb.

Auch am 5. Dezember starb ein Kämpfer (Ruslan Nirow) infolge der Verletzung von Sicherheitsabestimmungen bei der Montage einer Stromleitung auf einem Beobachtungspunkt der 128. Brigade an einem Stromschlag, zwei weitere wurden verletzt.

Am 7. Dezember starb im Gebiet von Bogdanowka ein Kämpfer der 53. Brigade als er auf eine Antipanzermine TM-62 fuhr und diese detonierte, vier weitere wurden verletzt.

Am 7. Dezember starb der Soldat Swistun aus dem 2. mechanisierten Bataillon der 53. Brigade bei der Entladung von Technik an der Eisenbahnstation in Wolnowacha, als ein Fahrzeug vom Typ SIL auf ihn fuhr.

Am 7. Dezember kam beim Trinken von Alkohol ein Konflikt zwischen zwei Kämpfern des 2. mechanisierten Bataillons der 93. Brigade auf, infolge dessen starb ein Kämpfer an einer Schussverletzung, der zweite wurde mit Stich- und Schnittverletzungen in eine medizinische Einrichtung gebracht.

Wir verfügen über Informationen über eine **Absprache des Kommandeurs der 95. Brigade Wesser mit dem stellvertretenden Leiter des territorialen Zentrums für Personalgewinnung** (Militärkommissariat) der Kiewer Oblast Oberstleutnant Sisilo. Zum Zweck der persönlichen Bereicherung trafen sie eine kriminelle Absprache und schlossen fiktive Verträge für die Einheiten der 95. Luftsturmgruppe mit Bürgern ab, die dann nicht in die OOS-Zone fuhren. Die „toten Seelen“ wurden in den Listen des Truppenteils aufgeführt und der Brigadekommandeur erhielt für sie den Sold. Der stellvertretende Leiter des Militärkommissariats bereicherte sich auch durch diese Bürger, die kein einziges Mal eine Uniform trugen, indem er für sie Dokumente als Teilnehmer an Kampfhandlungen ausstellte. Mitarbeiter des SBU fingen eine der Partien von Dokumenten ab, die das bis ins Detail ausgearbeitete kriminelle Schema verletzten. Zurzeit läuft eine Überprüfung gegenüber den Funktionsträgern.

Außerdem unternimmt nach unseren Informationen das Kommando der 95. Brigade Versuche, die Einheiten, deren Zahl 60% nicht überschreitet, zusätzlich auszustatten. Unter den Einwohnern der Oblast Shitomir wird eine **aktive Agitation zur Anwerbung von Bürgern**

für den Vertragsmilitärdienst durchgeführt. Nach Informationen von einer Quelle in einer der Territorialen Zentren für Personalgewinnung werden Verträge aufgrund der Ausweglosigkeit sogar mit Bürgern abgeschlossen, die von der militärärztlichen Kommission als „beschränkt tauglich“ beurteilt wurden und die Vorstrafen wegen schwerer Verbrechen haben.

Wir haben Informationen über zahlreiche **Fälle von Erkrankungen von Soldaten der 128. Brigade mit einem neuen Stamm der Coronavirusinfektion** erhalten, die einer gewöhnlichen Erkältungskrankheit sehr ähnlich ist. Nach vorläufigen Informationen haben Freiwillige aus der Oblast Iwano-Frankowsk, die im Vorfeld des internationalen Tags des Freiwilligen den ukrainischen Kämpfern humanitäre Hilfe in Form von Lebensmitteln und Waren des dringenden Bedarfs übergeben haben, die Infektion in die ukrainischen bewaffneten Formationen gebracht.

Bis jetzt sind **bereits mehr als 30 Personen stationär in einer medizinischen Einrichtung** mit Beschwerden über erhöhte Temperatur, starke Schmerzen in den Gelenken und Muskeln. Das Brigadekommando versucht, den Krankheitsausbruch zu verheimlichen.

Nach Informationen von unseren Quellen wurde in der Kiewer Oblast auf Basis des behördenübergreifenden multifachlichen Zentrums der Nationalgarde der Ukraine ein zweimonatiger **Kurs zur Ausbildung von Scharfschützen der Nationalgarde der Ukraine unter Leitung kanadischer Instrukteure** der Ausbildungs- und Trainingsmission „UNIFIER“ abgeschlossen. Wir schließen nicht aus, dass die ausgebildeten Kämpfer der Nationalgarde in die OOS-Zone geschickt werden und mit der Ausführung verbrecherischer Befehle zum Genozid an den Einwohnern des Donbass gemeinsam mit den Scharfschützen der Spezialoperationskräfte beginnen werden.

In der letzten Woche haben Soldaten der Volksmiliz der DVR gemeinsam mit der internationalen Freiwilligengruppe „Moskau – Donbass“ humanitäre Lieferungen in Ortschaften des Telmanowo-Bezirk gebracht, dazu gehören elektrische Kochplatten, Spielzeug, Schreibwaren und Waren des dringenden Bedarfs. Außerdem wurde mit Unterstützung der Verwaltung von Jasinowataja ein Fest für Kinder mit beschränkten Möglichkeiten organisiert, bei dem verschiedene Kurse durchgeführt wurden und Geschenke überreicht wurden.

Mit Beginn der Winterzeit werden mit dem Personal der Einheiten der Volksmiliz auf den Übungsplätzen der Republik **Übungen zur Vervollkommnung von Fertigkeiten und Kenntnissen** bei der Ausführung praktischer Elemente der militärischen Ausbildung durchgeführt. Die Übungen mit jüngerem Offizierspersonal, mit Soldaten der Kommunikationseinheiten und der technischen Einheiten werden fortgesetzt.

Die Volksmiliz vervollkommnet weiter ihr professionelles Niveau, um immer bereit zu sein, die Aggression des Gegners abzuwehren.

snews.de: **Armenien meldet Tod seines Soldaten an Grenze zu Aserbaidshon**

Das armenische Verteidigungsministerium hat den Tod eines Militärangehörigen bei einer Schießerei an der Grenze zu Aserbaidshon bekannt gegeben.

„Am 10. Dezember mittags (Ortszeit) wurden bei einer Schießerei, die sich nach aggressiven Aktionen von Einheiten der aserbaidshonischen Streitkräfte ereignete, eine Person auf armenischer Seite getötet und mehrere Soldaten verwundet“, teilte die Behörde in Eriwan mit. Später würden die Daten des Verstorbenen und Informationen zum Gesundheitszustand der Verwundeten bekannt gegeben werden, hieß es.

Der Schusswechsel sei um 13:30 Uhr (Ortszeit) beendet worden.

Zuvor hatte auch Aserbaidshon der armenischen Seite eine „Provokation“ an der Grenze vorgeworfen und angegeben, dass dadurch ein Militärangehöriger in der Nacht zum 8. Oktober ums Leben gekommen sei.

Der Konflikt an der Grenze Armeniens und Aserbaidshons hatte sich Mitte November

zugespitzt. Nach Angaben aus Jerewan waren aserbaidische Streitkräfte am 16. November auf armenisches Staatsgebiet vorgedrungen. Das armenische Verteidigungsministerium meldete damals, dass ein Militärangehöriger ums Leben gekommen sei. 13 Personen sollen damals gefangen genommen worden sein. Darüber hinaus habe jede Verbindung zu weiteren 24 Armeeangehörigen gefehlt. Später aktualisierte das Ministerium die Zahl der Todesopfer: Demnach starben insgesamt sechs Menschen. Aserbaidschan meldete sieben tote Soldaten und zehn Verletzte. Kurz darauf hatte Russlands Verteidigungsminister Sergej Schoigu ein Telefongespräch mit seinen Amtskollegen aus Aserbaidschan und Armenien geführt und betont, dass Moskau bereit sei, zur Stabilisierung der Situation beizutragen. Daraufhin waren die Gefechtshandlungen eingestellt worden.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/07/1d/3014965_0:159:3076:1889_1920x0_80_0_0_7b167e3bc0376ae755cee82de28498d0.jpg

de.rt.com: **Russland bezeichnet britisches Urteil über Assange-Auslieferung an USA als "beschämend"**

Ein Londoner Berufungsgericht hat heute entschieden, dass Großbritannien den WikiLeaks-Gründer und Journalisten Julian Assange, der Kriegsverbrechen der USA aufgedeckt hat, an die Vereinigten Staaten ausliefern darf. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, bezeichnete die Entscheidung als "beschämend".

Die Entscheidung des Berufungsgerichts in London, die Auslieferung des Journalisten Julian Assange an die USA zuzulassen, sei "beschämend", erklärte Moskau am Freitag.

Die Sprecherin des Außenministeriums, Maria Sacharowa, kritisierte das Urteil auf ihrem Telegramm-Kanal und wies darauf hin, dass es am Internationalen Tag der Menschenrechte gefällt wurde. Laut Sacharowa:

"Dieses beschämende Urteil in diesem politischen Fall gegen einen Journalisten und eine Persönlichkeit des öffentlichen Lebens ist eine weitere Manifestation der kannibalistischen Weltsicht des angelsächsischen Tandems."

Assange wird von den USA wegen Spionagevorwürfen gesucht, und die jüngste Entscheidung öffnet die Tür für einen künftigen Prozess in den Vereinigten Staaten. Anfang des Jahres hatte ein Bezirksgericht den Auslieferungsantrag der USA mit der Begründung abgelehnt, der Journalist sei geistig verwundbar.

Das Urteil vom Freitag ist jedoch noch nicht rechtskräftig und kann noch angefochten werden.

Assange befindet sich seit 2019 im Gefängnis, als die Londoner Polizei in die ecuadorianische Botschaft in London eingeladen wurde, wo er seit 2012 untergebracht war.

Nachdem er sieben Jahre lang in der diplomatischen Vertretung gelebt hatte, wurde er

verurteilt, weil er sich nicht dem Gericht gestellt hatte, und ist seitdem im Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh in der Hauptstadt inhaftiert.

Dem Journalisten werden eine Reihe von Straftaten vorgeworfen, die im Zusammenhang mit seiner Kommunikation mit Whistleblowern während des Betriebs seiner WikiLeaks-Website stehen. Vor allem veröffentlichte er von Chelsea Manning geleaktes Geheimmaterial über die US-Kriege im Irak und in Afghanistan.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b3497148fbef19d60d325f.jpg>

mil-lnr.su: Pressekonferenz offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filipenko über die Lage an der Kontaktlinie vom 4. bis 10. Dezember 2021

Heute berichte ich über die Lage an der Kontaktlinie und ziehe die Bilanz der letzten Woche. Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurde **in der letzten Woche keine Verletzung des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt. Unsere Aufklärung hat 12 Stück **Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte** bemerkt, die in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen **in vier Ortschaften** stationiert sind. ...

Es wurden neun Fälle festgestellt, dass **Drohnen der OSZE-Mission durch Mittel der elektronischen Kriegsführung der ukrainischen Streitkräfte blockiert** wurden. ...

Die nicht kampfbedingten Verluste in den Verbänden und Truppenteilen der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ betragen vom 4. bis 10. Dezember **sechs Mann, darunter drei Tote**. ...

snews.de: Iran verurteilt diplomatischen Boykott der Winterspiele in Peking

Der Iran hat den diplomatischen Boykott der Olympischen Winterspiele in Peking 2022 von mehreren Ländern verurteilt.

„Der Iran freut sich auf eine (diplomatische) Teilnahme bei den Spielen und wird sich mit China in dieser Schmierkampagne solidarisch zeigen“, twitterte Außenamtssprecher Said Chatibsadeh am Freitag.

Kein Land solle zulassen, dass der Sport dermaßen politisiert werde, so der Sprecher. China gehört neben Russland zu den wichtigsten politischen Verbündeten des Irans.

Laut der Deutschen Presse-Agentur (DPA) hat der Iran selbst aus politischen Gründen die Olympischen Sommerspiele 1980 in Moskau und 1984 in Los Angeles boykottiert. Politik habe auch in den letzten Jahren immer wieder eine wichtige Rolle im iranischen Sport gespielt. Unter anderem dürften iranische Sportler nicht gegen israelische Athleten antreten. Auch der Zutritt von Frauen in Fußballstadien sei in dem islamischen Land aus religiös-politischen Gründen verboten.

China steht international auch wegen Menschenrechtsverletzungen im Umgang mit Uiguren und Tibetern, wegen der Unterdrückung der Demokratiebewegung in Hongkong oder den Drohungen gegen Taiwan in der Kritik. Die USA hatten Anfang der Woche angekündigt, keine diplomatischen oder offiziellen Vertreter zu den Olympischen Spielen nach China zu schicken. Australien, Kanada und Großbritannien schlossen sich dem an. Auch Neuseeland will keine diplomatischen Vertreter nach China schicken.



https://cdn1.snews.de/img/07e5/06/07/2414432_0:161:3071:1888_1920x0_80_0_0_f1f46caf552224b77bbbad477e3880b5.jpg

snews.de: **Nach Gerichtsurteil im Fall Assange: SNA-Chefredakteurin Simonjan spricht von „Hinrichtung“**

Margarita Simonjan, die Chefredakteurin des russischen Senders RT und der Agentur SNA, hat sich am Freitag zu dem Urteil des Berufungsgerichts in London im Fall des WikiLeaks-Gründers Julian Assange geäußert, wonach die Ablehnung des US-Auslieferungsantrags gekippt wurde.

„Der Missbrauch gegenüber dem Menschen, der in so vielen Jahren mehr für die Meinungsfreiheit getan hat als jeder andere, und sicherlich gegenüber dem besten Journalisten der letzten Jahrzehnte, geht weiter. Ich hatte keinen Zweifel, dass es so sein würde. Es tut mir als einer Person, die Assange kannte, sehr weh, wir haben zusammengearbeitet. Es gibt keine Worte, das ist nur ein Racheakt und eigentlich eine Hinrichtung“, sagte Simonjan.

Ein Berufungsgericht in der britischen Hauptstadt hat Berichten zufolge am Freitag die Ablehnung des US-Auslieferungsantrags im Fall Assange aufgehoben.

Der nun gekippte Beschluss stammt vom Januar. Damals hatte Bezirksrichterin Vanessa Baraitser entschieden, dass Assange nicht an die USA ausgeliefert werden sollte, weil ein reales Risiko bestehe, er würde dort Selbstmord begehen.

„Das Gericht bestätigte die Berufung und entschied, dass der Fall an das Westminster Magistrates' Court verwiesen werden solle, mit dem Hinweis, dass der Bezirksrichter den Fall an den Staatsminister verweisen soll, der über die Auslieferung von Assange an die USA entscheiden wird“, hieß es im Gerichtsurteil.

Der WikiLeaks-Gründer Julian Assange sitzt seit 2019 im britischen Gefängnis Belmarsh. In den USA drohen ihm bis zu 175 Jahre Haft. Die USA werfen ihm vor, mit der Whistleblowerin Chelsea Manning geheimes Material von US-Militäreinsätzen im Irak und in Afghanistan gestohlen und veröffentlicht zu haben. Er habe damit US-Informanten in Gefahr gebracht. Seine Unterstützer sehen in ihm hingegen einen investigativen Journalisten, der Kriegsverbrechen ans Licht gebracht hatte.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0c/0a/4650145_0:0:3072:1728_1920x0_80_0_0_853aaca775abf381545ca421a78af330.jpg

abends:

deu.belta.by: **Natalja Ejsmont: Belarus ist im Epizentrum des globalen Informationskrieges**

Belarus landete im Epizentrum eines globalen Informationskrieges. Das erklärte Pressesprecherin des belarussischen Präsidenten Natalja Ejsmont während des Forums für junge Journalisten „Traditionelle und neue Medien: Herausforderungen und Chancen.“ „Der Krieg wurde lange vor den aktuellen Ereignissen angezettelt. Der erste Ausbruch oder die erste Verschärfung haben wir während der Pandemie registriert. Damals wurde unser Staat, der allen Widrigkeiten zum Trotz seinen eigenen, aber sehr anspruchsvollen Weg gegangen war, der keinen Lockdown verhängt und die Menschen in ihrem Recht auf Mobilität und Arbeit nicht eingeschränkt hat, nahezu eines Genozids am eigenen Volk bezichtigt. Das war eine himmelschreiende Blasphemie. Das ist der Ausdruck eines echten Informationskrieges in allen seiner Erscheinungsformen. Und heute haben wir in dieser neuen Realität zu leben“, sagte Natalja Ejsmont.

Die Pressesprecherin erinnerte daran, dass die Verbreitung von Fake News während der Präsidentschaftswahlen ihren Höhepunkt erreicht hat. Die Ereignisse während und nach den Wahlen werden noch lange im Mittelpunkt der öffentlichen Debatte stehen.

Natalia Eismont betonte, dass der Journalismus nicht von westlichen Geheimdiensten finanziert werden und gegen die Interessen von Belarus arbeiten sollte.

„Selbst an entlegensten Orten des Landes soll der Journalismus offen, mutig, entschlossen und wahrheitsgetreu die aktuellen Themen ansprechen. Natürlich sollte er nicht aus dem Westen finanziert werden und gegen die nationalen Interessen handeln. Es waren Dutzende, ja Hunderte solcher Fälle, die in Belarus registriert wurden. Viele Journalisten, die jetzt im Rampenlicht stehen (nicht aus Minsk, sondern aus den Regionen), haben keine journalistische Ausbildung, und darin steckt ein riesiges Potenzial für jeden, der sich in diesem Bereich behaupten möchte“, fügte sie hinzu.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/00022_1639151355_59190_big.jpg